

Kühnert bremst vorlauten SPD-Linksaußen

15 Euro Mindestlohn? SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert reagiert betont reserviert auf die Forderung des Parteifreunds Olaf Scholz und verweist auf die zuständige Kommission. Auch Arbeitsminister Heil bleibt vage
6, 12



Rollentausch: Der frühere Juso-Chef und No-Groko-Rebell Kevin Kühnert im Wahlkampf 2021 mit Olaf Scholz. Heute ist sogar der Kanzler manchmal kühner Foto: Kay Nietfeld/picture alliance

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

verboten weiß nicht, was Neil Young davon hält, dass US-Außenminister Antony Blinken (62) bei seinem Ukrainebesuch zur Gitarre griff und bei „Rockin’ in the Free World“ den Refrain mitsang, ist aber alt genug, um sich an Bill Clintons legendäre Saxofoneinlage in Osteuropa zu erinnern und in Blinkens Auftritt eine schmissige Präsidentschaftsbewerbung zu erkennen. Vielleicht nicht für sofort. Aber mit Blick auf das Durchschnittsalter amerikanischer Präsidentschaftskandidaten hat der junge Mann dafür ja noch

zwanzig Jahre Zeit.

Kommentar von **Simon Poelchau** zum Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsweisen

Die Antwort muss sein: Weg mit der Schuldenbremse!

Batterien oder Wasserstoff? Darüber streitet der Sachverständigenrat in seinem Frühjahrsgutachten. Die Mehrheit will eine Fokussierung auf Batterien als zukünftige Antriebstechnik für Lkw. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm will auch auf Wasserstoff setzen – und löst wegen ihres Postens bei Siemens Energy Zweifel an ihrer Integrität aus. Dabei wird bei dem Streit verdeckt, dass es anderswo nichts mehr zu diskutieren gibt: dass es fünf vor zwölf ist, dass jetzt geklotzt werden muss, will man die Klimaziele erreichen und nicht für Jahrzehnte ins Hintertreffen geraten.

Dabei ist bereits der Ist-Zustand alles andere als rosig. In ihrem Frühjahrsgutachten haben die sogenannten Wirtschaftsweisen ihre Prognose gesenkt. Demnach wird das Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr nur um 0,2 Prozent wachsen. Statt 0,7 Prozent, wie noch im Herbst angenommen. Und

dabei sind es eben nicht nur ein paar Prozentpunkte hinter dem Komma, die kurzfristig Sorgen machen. Nicht erst in dem neuen Gutachten steht – und nicht nur der Sachverständigenrat warnt –, dass Deutschland auch mittelfristig ein Problem mit dem Wachstumspotential hat.

Denn in Deutschland wird zu wenig investiert. Um ein Gefühl zu bekommen, wie viel fehlt: Allein der Staat müsste in den kommenden zehn Jahren zusätzliche 600 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um die öffentliche Infrastruktur zu erneuern und fit für die klimaneutrale Zukunft zu machen, berechneten gewerkschafts- und arbeitgebernahe Ökonom*innen jetzt. 200 Milliarden taxierten sie dabei für die Dekarbonisierung.

Und dabei geht es nicht allein darum, eine Infrastruktur zu schaffen, mit der die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Beim Umbau geht es auch um gute Lebensbedingungen für alle, ei-

nen verlässlichen Personennah- und Fernverkehr, Klimaanpassungsmaßnahmen und den Ausbau von Ganztagschulen.

Dafür müsste der Staat aber Geld in die Hand nehmen und die Schuldenbremse endlich reformieren. Das scheint derzeit eher utopisch. Notwendig ist es trotzdem. Und wenn Christian Lindner nicht mehr an der Schuldenbremse und dem damit selbst auferlegten Sparzwang festhalten würde, müsste sich der Sachverständigenrat vielleicht nicht mehr über Lkw-Antriebstechniken streiten. Dann gäbe es vielleicht genügend Mittel, um Batterien und Wasserstoff gleichermaßen zu fördern. Ein Geschmäcke hätte das Sondervotum von Veronika Grimm dann trotzdem noch. Denn ein Interessenkonflikt ist aufgrund ihrer Tätigkeiten außerhalb des Sachverständigenrats offensichtlich.

3



Foto: Derek Shapiro/Booker-Prize/dpa

Zauberhafte Gedankenspielerin
Alice Munro hinterlässt Liebeserklärungen an das Erzählen
16

Schüsse auf Fico
Mordanschlag auf den slowakischen Ministerpräsidenten
2

Die Imagepflegerin des CDU-Chefs
Wie Charlotte Merz ihrem Mann beispringt – nicht nur gegen Journalisten
13

steile these

„Wir haben damals gewonnen und wir werden auch jetzt gewinnen“

Russischer Propagandaslogan an der Fassade der Moskauer Botschaft in Peking mit Fotos vom Zweiten Weltkrieg und dem heutigen russischen Angriffskrieg in der Ukraine

11

Die taz wird ermöglicht durch
23.062
GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren.
Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30,
briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Ausgabe Berlin
Nr. 13374
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland
4 190254 802805
4 0620